

Aktionsplan Klimagerechtigkeit – eine Bankrotterklärung¹

Der von der Bundestagsfraktion DER LINKEN verabschiedete Aktionsplan Klimagerechtigkeit, meines Erachtens aber auch schon der Entwurf, der die Grundlage für die Diskussion bildete, bleiben weit hinter dem zurück, was erforderlich wäre, um unsere natürlichen Lebensgrundlagen noch zu erhalten. Es wird vor allem die große Chance verspielt, konkret aufzuzeigen, dass Ökologiepolitik nur „von links“, das heißt in systemüberwindender Perspektive, geht. Es wird die Chance verspielt, einen originären Ansatz linker Ökologiepolitik zu entwickeln, der er möglich machte, den ökoliberalen Mainstream zu entlarven. Ärgerlich am Text ist die große Diskrepanz zwischen so vollmundigen Aussagen wie etwa die, dass die Klimakrise „das größte Marktversagen“ sei, und den konkreten eigenen Politikvorschlägen, die sich auch schon vor recht geringfügigen Eingriffen in diese Marktlogik scheuen. Die wohlfeile Grundsatzkritik am Kapitalismus bleibt völlig folgenlos und weist keinerlei Deckung durch glaubwürdige Alternativen auf. DIE LINKE ist damit kein parteipolitischer Ansprechpartner der Klimabewegung, im Gegenteil: Legt man diesen Text zugrunde, dann kann man von ihr nur eine Bremserrolle erwarten.

Der Text macht immerhin exemplarisch deutlich, dass eine Ökologiepolitik, die unserer Situation gerecht wird, nur dann in sich stimmig und konsequent entwickelt werden kann, wenn man zu einem grundsätzlichen *Paradigmenwechsel* bereit ist, das heißt, wenn der Ausgangspunkt des Denkens nicht mehr lautet: Mit welchen technischen Mitteln können wir das Bestehende weiter aufrecht erhalten, was an fossiler Energie können wir in welchem Zeitraum substituieren, sondern wenn man grundsätzlich mit dem Tabu des ökoliberalen Mainstreams bricht, dass *absolute Verbrauchsreduktionen* gar nicht gedacht werden dürfen. Glaubwürdige Ökologiepolitik müsste zunächst das Märchen entlarven, dass sich das BIP-Wachstum in genügendem Maße entkoppeln ließe vom Energie- und Ressourcendurchsatz, das Märchen, dass ein Wachstum „mit anderen Mitteln“ möglich wäre. Glaubwürdige Ökologiepolitik müsste sich konsequent vom Wachstumsparadigma verabschieden und politisch durchdeklinieren, wie wir eine solidarische Gesellschaft auf einer wesentlich schmaleren materiellen Basis als heute aufbauen können. Davon ist die DIE LINKE meilenweit entfernt. Auf Seite 9² etwa heißt es:

„Wir brauchen ein grundsätzliches Umdenken. Wohlstand bemisst sich *nicht allein* (Hervorhebung von mir) an der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts, sondern an Lebensqualität.“ Das heißt aber im Klartext: Man stellt das weitere BIP-Wachstum eben nicht infrage! Man unterscheidet sich damit gerade nicht von Bündnisgrünen und den anderen Parteien, die man in Wahlkampfretorik so sehr geißelt.

Entscheidend ist für mich die Aussage auf Seite 32, die von vornherein klarstellt, welchen Stellenwert Klimapolitik hat. Dort heißt es: „... alles, was technisch möglich, volkswirtschaftlich verkraftbar, strukturpolitisch sinnvoll, und auf soziale Weise machbar erscheint, sollte ab sofort getan werden.“ Das heißt im Klartext: Klimapolitik wird *unter Vorbehalt* gestellt! „Klimaschutz ja, aber nur wenn ...“ Man hat also offenbar überhaupt nicht begriffen, dass umgekehrt die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen die Bedingung für alles andere ist, dass wir uns über die Rentenformel gar nicht mehr streiten müssen, wenn der Planet kaputt ist. Klimapolitik darf hinter dem klimapolitisch Notwendigen auf keinen Fall zurückbleiben. Das hat ohne einschränkende Bedingungen zu gelten. Punkt. Natürlich ist es die anspruchsvolle Aufgabe, diesen schwierigen Transformationsprozess dann

¹ Zur näheren Begründung der hier vertretenen Position vgl. mein Buch: Bruno Kern, *Das Märchen vom grünen Wachstum. Plädoyer für eine solidarische und nachhaltige Gesellschaft*, Zürich (Rotpunktverlag) ²2020.

² Die Seitenzahlen beziehen sich auf die gedruckte Ausgabe der endgültigen Fassung.

auch gerecht und solidarisch zu gestalten, aber er darf eben nicht unter Vorbehalt stehen. Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen ist nicht verhandelbar und mit anderen Gesichtspunkten verrechenbar. Am ärgerlichsten an diesem Satz ist das Kriterium „volkswirtschaftlich verkraftbar“, das unterschlägt, dass unsere Volkswirtschaft die brutale Ausplünderung der Natur und des globalen Südens gerade zur Voraussetzung hat. Man könnte dieses Kriterium auch so formulieren: Klimapolitik darf nur so weit betrieben werden, so weit sie die klimazerstörende Ökonomie nicht gefährdet.

„Rauchende Industrieschlote sind selten geworden. Aber Deutschland ist weiterhin industriell geprägt und muss es auch bleiben.“ So heißt es auf Seite 56. Old fashioned Sozialdemokratie also, Stahl- und Beton-Sozialdemokratie der Siebzigerjahre. Eine nachhaltige, dekarbonisierte Gesellschaft kann aber keine Industriegesellschaft in unserem Stil mehr sein. Zutreffend hat Hans-Werner Sinn vor einiger Zeit formuliert: „Mit Windrädern kann man keine Industriegesellschaft betreiben.“ Das heißt natürlich nicht, dass es keinerlei industrielle Produktion mehr geben wird. Auch Solarmodule und LED-Lampen lassen sich nicht in der Werkstatt herstellen. Aber das quantitative Ausmaß der industriellen Fertigung wird erheblich zurückgefahren werden müssen, wenn wir tatsächlich CO₂-neutral wirtschaften und leben wollen. Es steht eben *nicht nur der Kapitalismus* mit seinem eingeschriebenen Wachstumszwang zur Disposition, sondern *auch der Industrialismus*. Zu bedenken ist, dass die etwa dreihundert Jahre Industrialisierung, die ohnehin nur einen Teil des Planeten betraf, nur auf der Basis von Kohle und Erdöl möglich waren, die jetzt zur Neige gehen bzw. im Boden bleiben müssen. Aufgrund der wesentlich geringeren Energiedichte werden uns die Erneuerbaren bei Weitem nicht das an Energie liefern können, was uns die fossilen Quellen geliefert haben. Menschheitsgeschichtlich betrachtet ist die recht kurze Zeitspanne von 300 Jahren eine Singularität, eine Ausnahmesituation, die nicht einfach weiter in die Zukunft zu extrapolieren ist. Wir müssten ehrlich die Rechnung aufmachen, wie viel Stahl, wie viel Beton, wie viel Aluminium etc. wir noch produzieren können, wenn wir auf 100 % erneuerbare Energien umgestellt haben.

Was den Abschnitt zur *Energiewirtschaft* betrifft, so lohnt es sich, den Entwurf mit dem endgültig verabschiedeten Text zu vergleichen. Der Entwurf ist insofern sehr interessant, als er ein zentrales Faktum ausspricht, das in der öffentlichen Diskussion – von wenigen Ausnahmen abgesehen – völlig verschleiert wird: Die Potenziale erneuerbarer Energien reichen bei Weitem nicht aus, um unseren derzeitigen Energiekonsum zu decken. Der Entwurf stellt zutreffenderweise fest, dass wir, da ja erneuerbare Energien nicht unerschöpflich sind und uns eben Energie nicht im Überfluss bereitstellen können, in Deutschland nicht mehr als 700 bis 800 Terawattstunden mithilfe von Wind, Fotovoltaik und anderen erneuerbaren Energieformen erzeugen können. Nun beträgt der Endenergiekonsum in Deutschland zurzeit etwa 2500 Terawattstunden (wovon die Elektrizität nur einen Bruchteil, etwa ein Fünftel, ausmacht). Es klafft also eine große Lücke, wenn wir auf 100 % Erneuerbare umstellen wollen. Der Entwurf weist des Weiteren darauf hin, dass in vielen Bereichen, gerade wenn wir die Ökonomie dekarbonisieren wollen, der Strombedarf erheblich wächst (z. B. Wärmepumpen zur Erzeugung von Raumwärme)! Dieser Befund wäre nun eigentlich eine wunderbare Vorlage, um all jene zu entlarven, die uns einreden wollen, dass wir mithilfe von erneuerbaren Energien so weiter machen können wie bisher. Man will aber genauso wenig wie alle anderen nicht mit dem Tabu brechen, dass über absolute Verbrauchsreduktionen nicht geredet werden darf. Was bietet man also als Lösung an? Strom- bzw. Wasserstoffimport aus Nordafrika! Das ist nichts anderes als ein *imperialistisches Projekt*, das unser ausbeuterisches, ausplünderndes Verhältnis zu den Ländern des globalen Südens mit anderen Mitteln fortsetzt. Wer sich jemals näher mit dem gescheiterten Desertec-Projekt auseinandergesetzt hat, der weiß ohnehin, dass auch diese Potenziale äußerst beschränkt sind, dass die Energiebilanz der Parabolrinnen-Solaranlagen aufgrund des gigantischen Materialeinsatzes recht mager ist, dass wir auf diese Weise nur einen geringen Teil

des Strombedarfs decken könnten und dass ein solcher Ansatz natürlich sofort geopolitische Fragen aufwirft. Ausgeblendet wird völlig, dass die sonnenreichen Gegenden der Erde wie etwa die Sahara nicht nur von Deutschland begehrt werden, dass auch andere Länder auf diesen Ausweg verfallen könnten ... In einer Partei, die sich wenigstens zum Teil als sozialistisch versteht, ist also offensichtlich imperialistisches Denken tief verankert. Wir sollten uns daran erinnern, wenn wir demnächst wieder mit feuchten Augen die Internationale singen.

Beim Ausstieg aus der Kohleverstromung legt man sich auf das Zieljahr 2030 fest, weiß aber (siehe oben) ganz genau, dass es unmöglich ist, die wegfallenden Strommengen durch Erneuerbare zu substituieren, und schlägt daher vor, die Lücke durch neue Gasturbinen, die eine Leistung von etwa 30 Gigawatt aufweisen sollen, zu schließen. So sehr es zu schätzen ist, dass man hier ehrlich bleibt und die Lücke zugesteht, so sehr ist die angebotene Lösung zurückzuweisen. Ich gestehe durchaus zu, dass es sinnvoll und wahrscheinlich unumgänglich ist, für den Übergang die Leistungskapazitäten der bereits bestehenden Gaskraftwerke stärker auszuschöpfen. Aber in unserer Situation fossile Anlagen (die ja, um sich zu amortisieren, ein paar Jahrzehnte laufen müssen) dazuzubauen ist das völlig falsche Signal. Wie können wir eigentlich, wenn wir diese Position vertreten, glaubwürdig gegen die Inbetriebnahme des neuen (und vergleichsweise energieeffizienteren) Kohlekraftwerks in Datteln auftreten? Natürlich sind Gasturbinen aufgrund ihrer Flexibilität mit Erneuerbaren kompatibler, und im laufenden Betrieb emittieren sie erheblich weniger CO₂ als Kohlekraftwerke. Legt man aber nicht nur den laufenden Betrieb zugrunde, sondern den Gesamtprozess, dann ist die Treibhausbilanz wesentlich schlechter, da ja bei Förderung und Transport erhebliche Mengen an Methan freigesetzt werden. Es führt eben kein Weg dran vorbei: Der ökologisch einzig ehrliche Weg ist die Reduzierung unseres Verbrauchs. Aber da sei Dietmar Bartsch vor ...

Dazu passt es natürlich auch, dass man die Klimapolitik genauso wie von der Leyen und andere hauptsächlich unter dem Aspekt des Ausbaus einer entsprechenden Infrastruktur sieht, hierfür die Schuldenbremse lockern will, etc. Die viel wichtigere Seite wird mit keinem Wort erwähnt: dass Klimawandel in erster Linie *Rückbau* bedeutet, dass er vor allem darin besteht, bestimmte Dinge nicht mehr zu produzieren und zu tun ...

Bestätigt wird die Systemkonformität derer, die sich ansonsten so gern einer antikapitalistischen Rhetorik bedienen, auf Seite 85 ff: Nachdem man im „Lyrikteil“ vollmundig von der Klimakrise als dem „größten Marktversagen“ gesprochen hat, fällt einem da, wo es konkret wird, auch nichts anderes ein als die berühmten marktkonformen Maßnahmen, konkret der Zertifikatehandel. Immerhin will man ihn konsequenter ausgestalten als bisher, aber das ist ja gar nicht der entscheidende Punkt. Marktkonforme Maßnahmen können höchstens so weit eine Wirkung entfalten, als sie vonseiten der Unternehmen und Produzenten durch Effizienzsteigerungen, Innovationen, kreative neue Verfahren usw. kompensiert werden können. Folgerichtig ist auch im ganzen Abschnitt nur davon die Rede. Geht man aber davon aus, dass das Potenzial von Effizienzsteigerungen sehr begrenzt ist, und legt man den Maßstab der notwendigen Reduktionen an, dann wird bald klar, dass wir damit nicht sehr weit kommen. Um die nötigen Reduktionen über Effizienzsteigerungen zu erreichen, wäre die Verbesserung der Effizienz um etwa einen Faktor 20 nötig! Absolute Verbrauchsreduktionen aber lassen sich mit marktwirtschaftlichen Anreizen nicht mehr bewerkstelligen. Würde man den CO₂-Preis tatsächlich so hoch ansetzen, dass das Pariser Klimaziel erreicht werden könnte, dann hätte das den Zusammenbruch eines Großteils der Ökonomie zur Folge. Wenn man also Ernst machen will mit den nötigen Reduktionen, dann reichen marktkonforme Instrumente nicht mehr aus, dann muss man den geplanten Rückzug antreten, gezielt industrielle Abrüstung betreiben ... Stattdessen aber redet uns DIE LINKE genauso wie alle anderen ein, dass wir mit entsprechenden Anreizen genügend Effizienzpotenziale erschließen können.

Ein Offenbarungseid ist das Kapitel über Verkehr und Mobilität (s. 46 ff). Während man sich andernorts grundsätzlich zu wirksameren ordnungspolitischen Maßnahmen bekennt (eine der wenigen Stärken des Papiers, die man konsequent ausgestalten müsste), kann man sich da, wo es konkret wird, nicht einmal zu den banalsten davon durchringen. Ein Verbot von Kurzstreckenflügen wurde gänzlich gestrichen, obwohl bereits der Entwurf die Minimalforderung formuliert hatte, Flüge für Strecken zu verbieten, die man innerhalb von fünf Stunden mit anderen Verkehrsmitteln bewältigen kann. Selbst das hätte bedeutet: Flüge von München nach Hamburg hätte man weiter hingenommen. Insgesamt spricht man lediglich von Verlagerung des Verkehrs – kein Wort von der notwendigen Reduzierung des Gesamtverkehrsaufkommens. Der motorisierte Individualverkehr als solcher wird nicht grundsätzlich hinterfragt. Auf eine Kritik des E-Autos, das als individuelles Verkehrsmittel ökologisch desaströs ist, wird völlig verzichtet. Ja sogar die im Entwurf enthaltene Forderung nach Streichung der Kaufprämie fällt weg. Das heißt: Eine Partei, die sich selbst als Anwältin der Armen und der sozialen Umverteilung versteht, nimmt es unwidersprochen hin, dass mit allgemeinen Steuermitteln privater Luxus finanziert wird! Die Forderung nach dem Aus für den Verbrennungsmotor geht nicht einher mit einer kritischen Beurteilung alternativer Antriebe, mit einer Kritik des imperialistischen Konzepts E-Mobilität (imperialistisch schon allein deshalb, weil es aufgrund der knappen Rohstoffe ohnehin nur für eine Elite in den Industrieländern umsetzbar ist), mit der Problematisierung anderer Antriebe wie E-Fuels oder Wasserstoff, die allein schon aufgrund ihrer Energiebilanz niemals den motorisierten Individualverkehr von heute auch nur annähernd aufrecht erhalten können. Die Sozialdemokraten der alten Schule sehen die Arbeitsplätze in Gefahr, für die sie die Zerstörung der Umwelt in Kauf nehmen, und bringen die Fantasie nicht auf, aufzuzeigen, wie man die soziale Existenz der Menschen jenseits unseres perversen Niveaus an industrieller Destruktivmaschinerie sichern kann. Das ist eben die Konsequenz, wenn man abgesehen von den unverbindlichen Phrasen in den Sonntagsreden und den bis zum Überdruß wiederholten Beteuerungen, wie schlimm doch der Kapitalismus ist, über dieses System nicht hinauszudenken wagt. Verkehrspolitisch werden grundsätzlich nur die Dinge thematisiert, die man den Menschen als angenehm verkaufen kann. Das ist gefährlicher Populismus. Eine echte Verkehrswende muss beides zugleich tun: das Erwünschte fördern (öffentlichen Verkehr) und das Unerwünschte mit gezielten Maßnahmen eindämmen. Ansonsten ist die Lenkungswirkung Null, es steigert sich höchstens das Gesamtverkehrsaufkommen (Sabine Leidig weiß das ja grundsätzlich). Ein fahrscheinloser öffentlicher Nahverkehr ist selbstverständlich ein wichtiger Baustein für die Verkehrswende. Aber wenn er nicht gleichzeitig mit Maßnahmen einhergeht, die den Individualverkehr aktiv zurückdrängen, erreicht man erfahrungsgemäß eine Umstiegsquote von wenigen Prozent vom Auto auf Bus und Straßenbahn. Dass wir aus der Autogesellschaft aussteigen müssen, um die notwendigen Reduktionen hinzubekommen, hat nicht einmal der Entwurf sich klar genug zu formulieren getraut. Dass das für das Autoland Deutschland eine gewaltige Aufgabe ist, steht außer Frage. Immerhin muss die Autoproduktion auf ein Zehntel reduziert werden. Aber genau hier bestünde die Aufgabe der LINKEN darin, sozial verantwortete Exitstrategien zu entwickeln und nicht auf ein „Weiter so“ mit anderen Motoren und Treibstoffen zu setzen.

Dass das grundsätzliche – und grundsätzlich richtige – Bekenntnis zu mehr Ordnungspolitik eben nicht viel mehr als ein Lippenbekenntnis ist, wird auch an anderer Stelle deutlich. So wird etwa beim Verpackungsmüll lediglich die Recyclingquote thematisiert. Vermeidungsstrategien wie etwa umfassende Einführungen von verpflichtenden Mehrwegsystemen für eine Vielzahl von Produkten (Lebensmittelkonserven, Reinigungsmittel, usw.), das Verbot von bestimmten Verpackungen (etwa Weißblech-Aluminium-Dosen als Getränkeverpackungen) wird gar nicht angesprochen. Auch im Landwirtschaftsteil spricht man lediglich von „Einfuhrbeschränkungen“. Ein Verbot von Fleisch- und Futtermittelimporten als wichtige Voraussetzung für die Agrarwende wird tunlichst umgangen.

Natürlich kann man sich darauf zurückziehen, dass die anderen (etwa die Bündnisgrünen) auch nicht besser sind. Das nutzt uns aber nichts, wenn es um die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen geht. Hier kann das Notwendige eben nicht unterboten werden, wenn man das Ganze nicht verfehlen will. Und bei den „anderen“ steht diese völlig unzulängliche Programmatik wenigstens nicht in einem so schrillen Kontrast zur allgemein immer wieder großmäulig vorgetragenen Systemkritik. Wenn man schon politisch zu den banalsten Maßnahmen nicht bereit ist, sollte man auf diese verbalradikale Rhetorik wenigstens verzichten.

Mainz, März 2020

Bruno Kern

*Netzwerk Ökosozialismus
(www.oekosozialismus.net)*